

Autor

Stefan Gärtner

### Auf den Punkt

- Das dezentrale Bankensystem in Deutschland ist von Bedeutung für eine ausgeglichene Regionalentwicklung und Krisenresilienz.
- Dass die Niedrigzinspolitik der EZB, zunehmende Regulierungsanforderungen, die Digitalisierung und Wettbewerbsverschärfung zu einer Herausforderung für Sparkassen und Genossenschaften werden können, wird vielfach diskutiert.
- Dass allerdings auch andere Politiken, z.B. die Sozialpolitik, regionale Wirkungen auf dezentrale Bankensysteme haben, wird kaum betrachtet.
- Dieser Beitrag erörtert daher mögliche Einflüsse der gesetzlichen Rentenversicherung auf das dezentrale Bankensystem in Deutschland.

Zentrale Einrichtung der  
Westfälischen Hochschule  
Gelsenkirchen Bocholt  
Recklinghausen in  
Kooperation mit der  
Ruhr-Universität Bochum

 **Westfälische  
Hochschule**

**RUHR  
UNIVERSITÄT  
BOCHUM** **RUB**

### Einleitung

Auch wenn sich Berlin langsam als globale Metropole herausbildet, Frankfurt als Hauptstadt des Euro auch als Finanzmetropole relevant wird, Hamburg mit dem Hafen schon immer international war und München als internationales Technologiezentrum eine Rolle spielt: Deutschlands wirtschaftliche Stärke ist auf viele Zentren verteilt. Die polyzentrische Raumstruktur hat eine lange Tradition. Sie ist die Folge einer bestimmten Raumleitplanung und einer bewussten und unbewussten Umverteilung von Finanzströmen, die gleichwertige Lebensbedingungen und Chancengleichheit fördern – wenn auch nicht garantieren kann. Hinzu kommen die kommunale Selbstverwaltung und ein am Subsidiaritätsprinzip orientiertes Verwaltungs- und Politikverständnis, das nicht zuletzt das Vorhandensein von dezentralen, teilweise vor Ort unabhängigen Institutionen bedingt.

So haben die rund 1.500 dezentralen Sparkassen und Kreditgenossenschaften in Deutschland eine lange Tradition und sorgen – da sie i.d.R. das vor Ort angesparte Geld wieder nur vor Ort investieren – für dezentrale Geldkreisläufe. Verschiedene Arten räumlicher Umverteilungsregime tragen mit dazu bei, dass auch in strukturschwachen Regionen Kapital angespart werden kann. Dieses Geld fließt traditionell den regionalen Banken zu, die daraus vor Ort die Haushalte und Unternehmen mit Krediten versorgen.

Es stellt sich jedoch die Frage, ob die demographische Entwicklung und eine veränderte Funktionsweise der gesetzlichen Sozialversicherung (mit abnehmenden räumlichen Umverteilungseffekten) im Rahmen des Aufbaus einer privaten Säule dazu führen könnte, dass ein auf regionalen Spar-Investitionskreisläufen basierendes System nur noch eingeschränkt funktioniert. So sind zwar die empirischen Befunde, dass Sparkassen und Kreditgenossenschaften auch in strukturschwachen und demographisch alternden Regionen hinreichend erfolgreich sind, robust (Gärtner 2008, Christians 2010), liegen jedoch auch im spezifisch deutschen Wirtschafts-, Siedlungs- und Wohlfahrtssystem begründet. Die strukturpolitische Ausgleichswirkung der dezentralen Banken, die den in der regionalen Polarisierungstheorie beschriebenen Back-Wash-Effekt (siehe z.B. Myrdal 1969) verhindert, indem das in der Region angesparte Geld auch in der Region reinvestiert wird, ist kein Selbstläufer. Es stellt sich die Frage, ob diese Banken auch ohne fein austarierte Mechanismen des regionalen Ausgleichs in Verbindung mit einer bestimmten Raumstruktur, die ein Grundaufkommen an wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Leben in allen Regionen ermöglicht, existieren können.

### Sparkassen und Kreditgenossenschaften

Wurden in vielen Teilen der Welt Bankenmärkte bis in die 1980er Jahre so reguliert, dass auch die peripheren strukturschwachen Regionen versorgt oder dort staatliche Banken gegründet wurden (Chick, Dow 1988, Myrdal 1969), so drehten die Deregulierung, Liberalisierung und bewusste Förderung der Finanzzentren dieses Prinzip um; die Schaffung von wichtigen Finanzzentren, die ein überdurchschnittliches Wachstum durch Spillover-Effekte verursachen sollten, wurde das Ziel (Cassis 2010: 263). In Deutschland setzte diese Entwicklung mit einer Zeitverzögerung ein. Verursacht durch die Liberalisierungswelle Anfang 2000 zur Entflechtung der „Deutschland AG“ (z.B. durch das Übernahmegesetz, das Investmentmodernisierungsgesetz sowie das Gesetz zur Förderung von Kleinunternehmern und zur Verbesserung der Unternehmensfinanzierung, was vor allem die Verbriefung von Krediten vereinfachte) erlangte die sogenannte Finanzialisierung der Realwirtschaft – bzw. der Umbau zum „Finanzmarkt-Kapitalismus“ (Windolf 2005) – dann aber ein rasantes Tempo, indem Unternehmen durch teilweise unterkapitalisierte „Private Equity Gesellschaften“ aufgekauft wurden (Scheuplein 2013). Ferner wurde durch den Aufbau der staatlich subventionierten privaten Rentenversicherung eine aktive Förderung der Finanz- und Versicherungswirtschaft betrieben (Hagen, Reisch 2013).

Trotzdem ist in Deutschland eine andere Finanzwirtschaft erhalten geblieben mit spezifischen Auswirkungen auf die Unternehmens- und Raumstrukturen. Dies zeigt sich symptomatisch an den in den 2000er Jahren für die Sparkassen (im Gegensatz zu den Landesbanken) erfolgreich abgewehrten Wettbewerbskontrollverfahren gegen bestimmte Haftungsregime bei den öffentlichen Banken in Deutschland (Gärtner 2003). Trotz einiger spektakulärer Fehlentwicklungen (z.B. Hypo Real Estate, IKB und WestLB) hat sich das deutsche Banken- und Finanzsystem dann auch durch eine hohe Stabilität in der Finanzkrise 2007 und später ausgezeichnet. Eine krisenbedingte Kreditklemme ließe sich (fast) nicht nachweisen (z.B. Gärtner 2009). So haben insbesondere die öffentlichen Sparkassen und die Kreditgenossenschaften ihre Kreditvolumen an die reale Wirtschaft seit 2008 deutlich ausgeweitet und hierdurch die Reduzierung der Kredite durch Landesbanken und Großbanken aufgefangen (vgl. Gärtner und Flögel 2015).

Auch wenn Verbandstrukturen, die es in dieser Form im Ausland nicht gibt, eine wichtige Funktion für die Sparkassen und in ähnlicher Form auch für die Kreditgenossenschaften haben, muss der Erfolg dezentraler Banken in Deutschland im Kontext der spezifischen räumlichen Strukturen gesehen werden. So sorgen Komplementaritäten – wie z.B. die föderale Struktur, die dezentrale Wirtschafts- und Siedlungsgestalt, die mittelständische Unternehmensstruktur, verschiedene Elemente der Sozialpolitik und Regulierung sowie diverse Mechanismen des regionalen Ausgleichs – dafür, dass dezentrale Banken in allen Regionen eine Geschäftsbasis haben.

Dass Sparkassen und Kreditgenossenschaften Gefahr laufen, Marktanteile zu verlieren bzw. in ihren Erträgen unter Druck zu geraten, wird vielfach diskutiert (z.B. Deutsche Bundesbank 2012; Mohrs 2015). Die Gründe liegen in der EZB-Zinspolitik – die ihren kostspieligen Vorteil der Präsenz in der Fläche entwerten kann, weil der Zugang zu Spareinlagen in Niedrigzinsphasen an Bedeutung verliert –,

zunehmenden Regulierungsanforderungen – deren Umsetzung gerade für kleinere Banken besonders kostspielig ist –, der Digitalisierung und Wettbewerbsverstärkung, einer abnehmenden Loyalität der Kundinnen und Kunden zu ihren Banken, einer Wettbewerbsintensivierung durch ausländische Banken, einem seit einigen Jahren erkennbaren Wiedereinstieg der Großbanken ins KMU-Geschäft, einer Desintermediation, neuen Techniken der Risikobewertung und informationstechnischen Möglichkeiten. Was aber kaum betrachtet wird ist, dass die Sparkassen und Kreditgenossenschaften aufgrund ihrer regionalen Orientierung und makroökonomischen Unabhängigkeit in ihrer Refinanzierung nicht direkt von der EZB abhängig sind, sondern vielmehr vom regionalen Umfeld. So ist für sie der „regionale Geldmarkt“ (siehe zu regionalen Liquiditätspräferenzen Rodriguez und Dow 2003), also die Verfügbarkeit regionalen Kapitals, auch wenn zwischen den Finanzintermediären sowie zwischen ihnen und den Zentralinstituten ein Liquiditätsausgleich existiert, nicht relevant. Die Sparkassen und Genossenschaftsbanken refinanzieren sich in Deutschland in der Regel nicht durch Offenmarktgeschäfte der EZB, sondern vor allem durch regionale Spareinlagen und diese hängen wiederum auch von monetären Umverteilungsprozessen ab.

### Regionale Kapitalflüsse

Um regionale Umverteilungsmechanismen zu betrachten, die in strukturschwachen Regionen für verfügbare Einkommen und damit für die Möglichkeit des Sparens sorgen, dürfen nicht nur die geplanten (z.B. Finanzausgleich) sondern auch die ungeplanten Finanzströme und ihre räumlichen Inzidenzen (Verteilungswirkungen) berücksichtigt werden. Die Finanzströme mit ungeplanten Wirkungen auf den Raum (z.B. Steuern oder Sozialversicherungssysteme) werden, obwohl sie deutlich höher als die geplanten raumwirksamen Finanzströme ausfallen (Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung 2005: 288ff), weniger berücksichtigt. Da beispielsweise die gesetzliche Sozialversicherung soziale Problemlagen besonders berücksichtigt und sich diese Problemlagen räumlich in bestimmten Stadtteilen und Regionen materialisieren, weisen die dadurch induzierten Geldflüsse eine hohe Raumwirksamkeit auf.

Aufgrund des hohen Volumens und der Bedeutung für die regionalen Banken und das dadurch realisierte Sparaufkommen wird folgend auf die gesetzliche Rentenversicherung fokussiert (siehe dazu auch Fachinger und Stegmann (2012), für die gesetzlichen Krankenversicherungen z.B. Fachinger und Stegmann (2012) und für die Arbeitslosenversicherung Zarth und Lackmann 2011). Zwischen 2003 und 2005 entsprach das Transfervolumen der gesetzlichen Rentenversicherung dem Dreifachen des Länderfinanzausgleichs (Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung 2005: 188). Dass es sich dabei um eine Querschnittbetrachtung handelt und sich Rentnerinnen und Rentner durch Beitragszahlungen in der Vergangenheit diese Leistungen erworben haben, ändert nichts an den regionalwirtschaftlichen Effekten. Hinzu kommt, dass gesetzliche Sozialversicherungen im Gegensatz zu privaten Versicherungen Komponenten des sozialen Ausgleichs beinhalten, die sich, wie bereits beschrieben, in raumwirksamen Finanzflüssen materialisieren. Durch die allgemeine Absenkung des Rentenniveaus in Verbindung mit geringeren Anwartschaften der jüngeren Kohorten (siehe Fachinger, Frankus 2011: 11; Deutsche Rentenversicherung 2013: 136) kann davon ausgegangen werden, dass das Transfervolumen und damit

die raumstabilisierende Wirkung zukünftig abnehmen werden. Ferner sind in Regionen mit unterdurchschnittlichen Einkommen die Möglichkeiten der staatlich geförderten privaten Vorsorge, die die Reduzierung des Leistungsniveaus der staatlichen Versicherung kompensieren soll, ebenfalls unterdurchschnittlich. Dadurch könnten die staatlichen Zuschüsse zur Riemer-Versicherung u.a. als Transfers in die gutsituierten Räume zulasten schwächerer Räume wirken. So wird sich die Absenkung des Leistungsniveaus der gesetzlichen Rentenversicherung in Verbindung mit fragmentierten Erwerbsbiographien räumlich sehr selektiv und kumulativ auswirken. Neben peripheren und altindustriellen Regionen in Westdeutschland werden aufgrund der demographischen Altersstruktur und teilweise nicht durchgehender Erwerbsbiographien vor allem viele ostdeutsche Regionen betroffen sein. Nach Berechnungen des DIW im Auftrag der Deutschen Rentenversicherung wird „für einen großen Teil der Ostdeutschen, die ab Ende der 2020er in Rente gehen, [...] die gesetzliche Rente nahe oder sogar unter der Grundsicherung von 600 Euro liegen. Hauptgrund für diese Entwicklung ist die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit in Kombination mit der Absenkung des Rentenniveaus“ (Geyer und Steiner 2010).

Die 2014 eingeführte Möglichkeit, bei Vollendung von 45 Beitragsjahren im Alter von 63 Jahren bei vollen Rentenbezügen in Ruhestand zu gehen, hat ebenfalls einen räumlichen Effekt: Einerseits kann davon ausgegangen werden, dass Personen mit langen Ausbildungszeiten ohne Sozialversicherungspflicht (z.B. Akademiker) mit hohem Einkommen nicht in den Genuss der Vergünstigung kommen und damit eine Umverteilung zu einkommensschwächeren Gruppen vollzogen wird. Da Zeiten der Arbeitslosigkeit nur bedingt angerechnet werden, ist jedoch andererseits anzunehmen, dass Personen mit Erwerbsbrüchen nur eingeschränkt profitieren. Die Tatsache, dass der frühzeitige Renteneintritt aus der gesetzlichen Rentenversicherung – und nicht aus Steuern – finanziert wird, kann mittelfristig in weiteren Rentenkürzungen oder höheren Beiträgen münden.

Räumlich könnte sich dies vor allem auf die Regionen negativ auswirken, in denen besonders viele Personen von fragmentierten Erwerbsbiographien – durch Erziehungszeiten oder Arbeitslosigkeit bedingt – betroffen sind. Das gleichzeitig wirksame Renteneintrittsalter mit 67 kann infolge längerer Zeiten der Arbeitslosigkeit zusätzlich als individuelle – aber räumlich durchaus kumulative – Rentenkürzung wirken. Dass sich dies vor allem in Ostdeutschland und in strukturschwachen westdeutschen Regionen manifestieren kann, ist offensichtlich. Das insgesamt über einen längeren Zeitraum gesinkende Leistungsniveau der gesetzlichen Rentenversicherung in Verbindung mit steigenden Beitragszahlungen kann zu Umverteilungen zwischen den Generationen führen. Die zurzeit und in Zukunft stattfindenden Erbschaften kompensieren dies teilweise, wobei davon – vor allem auch weil faktisch fast keine Erbschaftsteuer existiert – bestimmte Personen begünstigt sind und andere leer ausgehen. Die Tatsache, dass dies wiederum einen regionalen Effekt nach sich zieht, zeigt sich beispielsweise bei der räumlichen Verteilung des Immobilienbesitzes in Deutschland. So besaßen 2008 in Westdeutschland 50,1 % und in Ostdeutschland nur 39,0 % der Bevölkerung Grund und Boden (Kott/Behrends 2009: 1000). Nach Berechnungen des DIW war 2012 das durchschnittliche Nettovermögen der Ostdeutschen um mehr als die Hälfte niedriger als das der Westdeutschen (Grabka/Westermeier 2014). Die zum Aufbau Ostdeutschlands eingeführte Sonderabschreibung Ost, die Immobilieninvestitionen in Ostdeutschland vor allem für Personen mit hohem Einkommen lukrativ machte, und das Prinzip „Rückgabe vor Entschädigung“ (Tesch / Warnick 2004) haben zu einer exogenen Immobilienbesitzstruktur in Ostdeutschland geführt.

Wenn Regionen durch das Ableben der mit relativ hohen Rentenbezügen ausgestatteten Personengruppe zusätzlich in ihrer Kaufkraft geschwächt werden und auch dort weniger vererbt wird bzw. Vererbende und Erbende in unterschiedlichen Regionen zuhause sind, ist die Gefahr von Krisenkreisläufen hoch. Hinzu kommt, dass dezentrale Banken in peripheren Räumen in der Vergangenheit auch davon profitierten, dass die dort in der Regel etwas ältere Bevölkerung traditionell ihr Geld bei der örtlichen Sparkasse oder Kreditgenossenschaft angelegt hat und diese damit die Kosten der örtlichen Präsenz, beispielsweise durch geringere Zinsen für Spareinlagen, kompensieren konnten. Wenn aber zukünftig die Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung sinken, kann weniger Geld angespart werden und es besteht die Gefahr, dass in manchen Regionen die regionalen Banken über weniger Sparvolumen verfügen werden. Dies könnte nicht nur für das Geschäftsmodell der regional-orientierten Banken Probleme verursachen, sondern auch den Kreditzugang für Unternehmen und damit regionale Investitionsmöglichkeiten reduzieren.

#### Fazit

Trotz der stabilen Ertragssituation dezentraler Banken in Deutschland kann angenommen werden, dass sich für Sparkassen in demographisch stark schrumpfenden und alternden Regionen in der Zukunft besondere Herausforderungen ergeben. Sie müssen Konzepte entwickeln, die Antworten darauf geben, wie sie in Regionen, in denen ein bestimmtes Maß an wirtschaftlicher Aktivität und Bevölkerungsdichte unterschritten wird, ihren Versorgungsauftrag erfüllen, die regionale Entwicklung unterstützen und gleichzeitig dauerhaft ausreichende Erträge erwirtschaften können.

Der Beitrag soll aber auch darauf hinweisen, dass regionale Effekte von Makropolitiken zu wenig betrachtet werden. Dies gilt im hier skizzierten Bereich der regionalen Banken sowohl für die Sozial- bzw. Rentenpolitik als auch für die Geld- und Europolitik der EZB. Damit soll an dieser Stelle kein Urteil über die Politiken selbst gefällt werden, vielmehr soll damit auf der einen Seite eine gewisse Raumsensibilität der Makropolitik eingefordert werden und auf der anderen Seite die regionale Ebene aufgefordert werden, globale Politikfelder, die regional wirksam werden können, zu diskutieren.

So mag die Politik des billigen Geldes der EZB makroökonomisch folgerichtig sein, läuft aber Gefahr, beispielsweise durch nicht-intendierte Effekte mittelfristig sogar gegenläufige Wirkungen zu erzielen, denn die dezentralen Finanzintermediäre in Deutschland, die mittel- bis langfristig von der EZB-Politik negativ betroffen sein könnten, sorgen dafür, dass Unternehmen einen Kreditzugang erhalten. Auch wenn ohnehin kaum erwartet werden kann, dass die EZB die Besonderheiten des auf Ausgleich ausgerichteten dezentralen Bankensystems in Deutschland kennt und dies in ihrer makroökonomischen Steuerung berücksichtigt, stellt sich die Frage, ob es ihre Aufgabe wäre, auf die deutschen Sparkassen und Kreditgenossenschaften Rücksicht zu nehmen. Aber aus Sicht der Regionalentwicklung ist es zentral, die Effekte frühzeitig zu erkennen, die eventuell Regionen in Deutschland betreffen könnten. Ebenso werden die Auswirkungen einer veränderten Funktionsweise der gesetzlichen Sozialversicherung (mit

abnehmenden räumlichen Umverteilungseffekten) in Verbindung mit der demographischen Entwicklung auf regionale Spar-Investitionskreisläufe weder von der Sozial- noch von der Regionalpolitik betrachtet.

### Literatur

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2005): Raumordnungsbericht 2005. Berichte. 21. Bonn: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung.

Cassis, Y. (2010): Capitals of Capital. The Rise and Fall of International Financial Centres 1780-2009. Cambridge ; New York: Cambridge University Press

Chick, V. / Dow, S. C. (1988): A post-Keynesian perspective on the relation between Banking and Regional Development, in: Arestis, Philip (Hrsg.): Post-Keynesian monetary economics. New approaches to financial modelling Aldershot: Edward Elgar, S. 219-250.

Christians, U. (2010): Der Erfolg ostdeutscher Kreditinstitute. Region und Profitabilität am Beispiel der Sparkassen und Kreditgenossenschaften in den neuen Bundesländern. Berlin: Logos.

Deutsche Bundesbank (2012): Finanzstabilitätsbericht 2012. Frankfurt am Main

Deutsche Rentenversicherung Bund (Hrsg.) (2013): Rentenversicherung in Zeitreihen. Oktober 2013. DRV-Schriften, 22, Ausgabe 2013. Berlin: Deutsche Rentenversicherung Bund.

Fachinger, U. / Stegmann, M. (2012): Die regionalwirtschaftliche Bedeutung der

Gesetzlichen Rentenversicherung, in: Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie 45, Heft 5, S. 385-391.

Fachinger, U./ Frankus, A. (2011): Sozialpolitische Probleme der Eingliederung von Selbständigen in die gesetzliche Rentenversicherung. Expertise im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung. WISO Diskurs. Expertisen und Dokumentationen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik. Februar 2011. Bonn: Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Gärtner, S. (2003): Sparkassen als Akteure einer integrierten Regionalentwicklung: Potential für die Zukunft oder Illusion? Gelsenkirchen: Inst. Arbeit und Technik. Graue Reihe des Instituts Arbeit und Technik

Gärtner, S. (2008): Ausgewogene Strukturpolitik: Sparkassen aus regionalökonomischer Perspektive. Münster

Gärtner, S. (2009), Balanced Structural Policy: German Savings Banks from a Regional Economic Perspective, Brussels: World Saving Banks Institute.

Gärtner, S./Flögel, F. (2015): Dezentrale Banken – Vorteil für die Unternehmensfinanzierung in Deutschland? In: Geographische Rundschau, Nr. 2, S. 32-37

Geyer, J./Steiner, V. (2010): Künftige Altersrenten in Deutschland: Relative Stabilität im Westen, starker Rückgang im Osten. In DIW Wochenbericht Nr. 11/2010, 77. Jahrgang. S. 2-11

Grabka, M./Westermeier, C. (2014): Anhaltend hohe Vermögensungleichheit

in Deutschland. DIW Wochenbericht Nr. 9.2014. S. 151-164

Hagen, K./Reisch, L.A. (2010): Riesterreente: Politik ohne Marktbeobachtung. In. DIW Wochenbericht. Nr. 8/2010. S. 2-13

- Kott, K./Behrends, S. (2009): Haus- und Grundbesitz und Immobilienvermögen privater Haushalte. In: Statistisches Bundesamt. Wirtschaft und Statistik 10/2009
- Mohrs, W. (2015): EZB stellt Duisburger Sparkasse vor Probleme. WAZ, 23.1. 2015, <http://www.derwesten.de/staedte/duisburg/ezb-stellt-duisburger-sparkasse-vor-probleme-id10267595.html#plx4433232>, [gesichtet am: 18.5.2015].
- Myrdal, G. (1969/first published 1957): Economic Theory and Under-Developed Regions. London.
- Rodríguez-Fuentes, C.; Dow, S. (2003): EMU and the Regional Impact of Monetary Policy. In: Regional Studies 37 (9), S. 969–980. DOI: 10.1080/0034340032000143959.
- Scheuplein, C. ( 2013): Die angelsächsische Achse: Eine empirische Analyse von Buyouts und Standortstrukturen der Private-Equity Firmen in Deutschland. In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie, Jg. 57, Heft 4, 2013, S. 201–215
- Tesch, J./Warnick, K. (2004): Staatliche Wohnungsversorgung und kapitalistischer Wohnungsmarkt. In: Forum Wissenschaft. Online verfügbar unter: <http://www.bdwi.de/forum/archiv/archiv/97861.html>, zuletzt geprüft am 17.03.2015
- Windolf, P. (2005): Finanzmarkt-Kapitalismus. Analysen zum Wandel von Produktionsregimen. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie Sonderhefte, 45). Online verfügbar unter [http://deposit.ddb.de/cgi-bin/dokserv?id=2650865&prov=M&dok\\_var=1&dok\\_ext=htm](http://deposit.ddb.de/cgi-bin/dokserv?id=2650865&prov=M&dok_var=1&dok_ext=htm).
- Zarth, M./Lackmann, G. (2011): Zeitliche Persistenz im Raum – Einnahmen- und Ausgabenströme der Arbeitslosenversicherung im Zeitraum 2003 bis 2008. BBSR-Berichte KOM-PAKT. 15/2011. Bonn: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR).

**Autor:**

[Dr. Stefan Gärtner](#) leitet den Forschungsschwerpunkt RAUMKAPITAL am Institut Arbeit und Technik.

Kontakt: [gaertner@iat.eu](mailto:gaertner@iat.eu)

**Forschung Aktuell 2016-02**

ISSN 1866 – 0835

Institut Arbeit und Technik der Westfälischen Hochschule Gelsenkirchen, Bocholt,  
Recklinghausen

Redaktionsschluss: 01. Februar 2016

[http://www.iat.eu/index.php?article\\_id=91&clang=0](http://www.iat.eu/index.php?article_id=91&clang=0)

**Redaktion**

Claudia Braczko

Tel.: 0209 - 1707 176 Institut Arbeit und Technik

Fax: 0209 - 1707 110 Munscheidstr. 14

E-Mail: [braczko@iat.eu](mailto:braczko@iat.eu) 45886 Gelsenkirchen

IAT im Internet: <http://www.iat.eu>